

DIE LINKE.

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, den 07.05.2018

Antrag: EOF-Haushalte in GBW-Wohnungen unterstützen

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Die Stadtverwaltung wird gebeten, mit der GBW bzw. der Patrizia-AG in Verhandlungen zu treten mit dem Ziel, die regelmäßigen Mietsteigerungen in den EOF-Wohnungen zu unterbinden bzw. zu reduzieren. Geklärt werden sollte die Frage, ob die GBW damit einverstanden ist, durch eine nachträgliche Förderung durch die LH München die bisherigen Mieterhöhungen (teilweise) rückgängig zu machen und auf eine Mietanpassung im Index-Verfahren umzustellen.
- 2) Die Stadtverwaltung wird gebeten, den betroffenen EOF-Haushalten vorrangig Ersatzwohnraum in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Nach dem Verkauf der GBW an die Patrizia erhöht diese in regelmäßigen Abständen die Mieten entsprechend der gesetzlichen Regelungen. Im konkreten Fall der Adams-Lehmann-Straße und anderer geförderter Wohnungen in München führt dies dazu, dass die Mieten der EOF-Wohnungen von 9 € auf über 11 € gestiegen ist. Und bei der Entwicklung der Münchner Vergleichsmieten ist hier kein Ende abzusehen. Dies führt dazu, dass die Haushalte, die eine einkommensorientierte Förderung erhalten, diese Mieten nicht mehr bezahlen können und teilweise verzweifelt nach einer Lösung suchen.

Seit 2015 kann die Stadt München aufgrund geänderter staatlicher Vorgaben durch eine Zusatzförderung Einfluss auf die Regelungen für Mieterhöhungen nehmen. Dies führt dazu, dass die Mietsteigerungen wesentlich geringer ausfallen als ohne Zusatzförderung. Da der Förderzuschuss für frühere EOF-Wohnungen nicht erhöht wird, sind deren Mieterinnen und Mieter akut von Vertreibung bedroht. Die Stadt München sollte auf dem Verhandlungsweg mit der GBW versuchen, Verbesserungen zu erreichen.

Um die von der GBW aus ihren Wohnungen vertriebenen Menschen vor der Obdachlosigkeit zu schützen, muss Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden, in aller Regel bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG.

Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Cetin Oraner (DIE LINKE)